

**Dr. Heinrich Niemann**

## Was die DDR in der Seuchenbekämpfung besser machte

**Dr. Heinrich Niemann, ausgebildet in der DDR an der Charité, Sozialmediziner, äußert seine Gedanken zum alle bewegenden Thema Corona und wie damit umzugehen sei. Als langjähriger Bezirksstadtrat in Marzahn-Hellersdorf war er unter anderem auch für den Bereich Gesundheit verantwortlich. Mit seiner Erlaubnis dürfen wir diesen Text hier veröffentlichen, der zuvor in der „Berliner Zeitung“ erschienen war.**

**O**bwohl ihre wirtschaftlichen Kräfte deutlich geringer als die der Bundesrepublik waren, konnte die DDR in der Tuberkulosebekämpfung, in der schnellen Zurückdrängung der spinalen Kinderlähmung, bei Kinderkrankheiten und später auch bei Aids zum Teil bessere Ergebnisse erreichen. Auch auf dem Gebiet der Seuchenbekämpfung wies sie gute Ergebnisse auf. Wieso? Das möchte ich erklären.

Die Reaktion auf eine Epidemie/Pandemie war vom Gesetz her geregelt. Der Gesundheitsminister leitete eine ständige Kommission zur Verhütung und Bekämpfung von Epidemien. Bereiche wie Bildung, Handel, Wirtschaft, Polizei gehörten dazu. Die Staatliche Plankommission hatte die Aufgabe, schnellstmöglich zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. In den 15 Bezirken und den Kreisen gab es Kommissionen und Seuchenbekämpfungspläne. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens - Universitätskliniken, Kreiskrankenhäuser, Poliklini-

fach erfahren in der Hygiene oder Sozialmedizin und Epidemiologie. Diese Autorität erleichterte die Abstimmung mit anderen Bereichen. Die DDR war in der WHO gerade wegen ihrer Expertise auf diesem Gebiet geschätzt. Als Facharzt für Sozialmedizin bewegen mich all diese Fragen sehr. Mich wun-



Dr. Heinrich Niemann war viele Jahre Bezirksstadtrat im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, für den Bereich Gesundheit und auch für ökologische Stadtentwicklung Verantwortung tragend. Heute ist er ehrenamtlich unter anderem als Vorsitzender des Vereins Freunde Schloss Biesdorf e.V. aktiv.

Foto: privat

dert, wie lange es in den letzten Wochen manchmal dauerte, ehe praktikable Regelungen erarbeitet werden und wurden - für Gottesdienste, größere Kinos, Handel, Gaststätten, Hotels. Angeblich hatte sich der Berliner Senat mit der Gastronomie detailliert nicht beschäftigt, hieß es noch Ende April. Da ist der Protest der Berliner Amtsärzte und anderer Gremien zu verstehen, dass sie nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen sind oder Leiter von Einrichtungen zuerst über die Medien von Entscheidungen erfahren. Man staunt, dass es trotzdem einigermaßen funktioniert, jedoch um den Preis völlig unnötiger Verunsicherung und Zeitverlust.

Das Wort von Ärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes hat neben den Statistiken besonderes Gewicht. Denn die Mitarbeiter in den Gemeinden, Städten und Landkreisen kennen die jeweiligen Lebensumstände von Corona-Betroffenen und die Art und Weise der Verbreitung oder Zurückdrängung von Infektionen. Bei ihnen werden aus Statistiken konkrete Vorgänge, auf die mit konkreten Maßnahmen reagiert wird, natürlich einschließlich der korrekten Meldung an das Robert-Koch-Institut.

Ich plädiere dafür, die Tests weiter auszubauen. Sichere Erkenntnisse über Verlauf und Verbreitung der Krankheit werden sich am Ende auszahlen, be-

*Fortsetzung  
auf der vorletzten Seite mit der Nummer 5*

**Das DDR-Gesundheitswesen war fast ausschließlich öffentliches Eigentum.**

ken, Hygieneinspektionen, Arztpraxen, Kinder- und Pflegeeinrichtungen, aber auch die Betriebe, Schulen, Behörden - wurden von Beginn einbezogen. Das war präzise vorbereitet. Es fanden dazu sogar Übungen statt.

Die Polikliniken in der DDR konnten mit ihrer Struktur (mehrere Ärzte, eigenes Labor, räumliche Abgrenzung von Infektionsbereichen, Aufstellung von Notbetten, längere Öffnungszeiten) ihre Kräfte relativ schnell auf neue Aufgaben einstellen, ohne dass der einzelne Arzt wirtschaftlich in Gefahr geraten wäre. Das DDR-Gesundheitswesen war fast ausschließlich öffentliches Eigentum, wurde staatlich organisiert und in der Regel ärztlich geleitet. Der Gesundheitsminister und seine Stellvertreter, die Verantwortlichen in den Bezirken oder in den Kommunen waren fast ausschließlich Ärzte, viel-

### Was gibt's sonst noch?

**Seite 2:** Birkenhain im Schlosspark Biesdorf / Vegan, vegetarisch oder Wildschwein?

**Seite 3:** Petra Pau: Diesseits und jenseits von Corona / Bezirksvorstand / Baugeschehen in Biesdorf

**Seite 4:** Dr. Manuela Schmidt: Jetzt erst recht! / Juliane Witt: Mein Auto, dein Parkplatz ...

**Seite 5:** Fortsetzung von Seite 1

**Seite 6:** Termine / Hinten links: Gefahr unter der Oberfläche

### Die Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- BVV im Mai / Schecks, die helfen /
- Nicht mitgedacht / Sparzwang, nein danke! / Wann wird gebaut?

## Pflanzung neuer Birken im Schlosspark Biesdorf zum Tag der Befreiung

Am 7. Mai 2020 erinnerten das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und der Verein „Freunde Schloss Biesdorf“ an den sowjetischen Soldatenfriedhof, der von 1946 bis 1958 im Schlosspark Biesdorf Ruhestätte für 462 Soldaten, Offiziere und zivile Tote war. Anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus pflanzen Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, die Bezirksstadträtinnen Juliane Witt und Nadja Zivkovic sowie Vertreterinnen und Vertreter des Schlossvereins und des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf drei junge Birken nahe den ehemaligen Grabstätten.

Dagmar Pohle erinnert: „Birken haben einen besonderen Symbolwert mit Blick auf den Großen Vaterländischen Krieg. Sie wurden Opfer der verbrannten Erde, die die deutsche Wehrmacht mit ihrer Kriegsführung hinterließ, viele säumten aber auch den Weg der Befreiung vom Faschismus und viele Gräber Gefallener, so wie auch an diesem historischen Ort.“

Juliane Witt dankt dem Verein Freunde Schloss Biesdorf e.V. und dem Grünflächenamt, „die hier diesen würdigen Gedenkort angeregt und umgesetzt haben. Mit der Einweihung dieses Gedenkortes wird die Geschichte von Schloss und Schlosspark um einen wichtigen Teil ergänzt. Während derzeit die Schönheit im Mittelpunkt steht, hat das Schloss auch viel Leid erfahren. Mit der Einweihung des Gedenkortes Birkenhain im Schlosspark wird nun gerade 2020 auch an die Befreiung durch die Sowjetarmee gedacht.“  
Vereinsvorsitzender Dr. Heinrich Niemann: „Dass

die, die diesen Friedhof einrichteten, den nach dem 2. Weltkrieg in Berlin oft für Feuerholz gefällt



Marianne Schmidt, Schatzmeisterin des Vereins Freunde Schloss Biesdorf e.V., bei der Baumpflanzaktion am 7. Mai im Schlosspark Biesdorf.

Foto: Julia Witt

ten Baumbestand in diesem Park gesichert und das Schloss vor weiterer Zerstörung und Verfall bewahrt hat, erweist sich mit Blick auf die nach

vielen Jahrzehnten gelungene Wiederherstellung des Denkmalensembles nicht nur als glücklicher Umstand, sondern als zusätzliches Argument, an den 75. Jahrestag der Befreiung zu erinnern.“

Die Rote Armee hatte das dem Bezirk Lichtenberg gehörende Areal mit dem noch am 21. April 1945 brandzerstörten Schloss und dem von Kriegseinwirkungen weitgehend verschonten Park nach Kriegsende für einen Friedhof beschlagnahmt. Die südliche Hälfte des Parks (etwa sieben Hektar) wurde mit einer Klinkermauer umgeben, an der Lindenallee (heute Brodersenallee) sowie östlich hinter dem Pleasureground wurden gesonderte Grabfelder für Offiziere, Soldaten und zivile Opfer angelegt. Das Erdgeschoss des zerstörten Schlosses erhielt ein provisorisches Dach, eine Trauerhalle sowie Verwaltungsräume.

Mit der Umbettung der Gräber auf den nach Plänen des Gartenarchitekten Johannes Mielenz und des Bildhauers Erwin Kobbert im November 1958 eingeweihten sowjetischen Ehrenhain im Parkfriedhof Marzahn wurde der Friedhof aufgehoben und die Mauer zurückgebaut. Schrittweise hatte seit Mitte der 1950er Jahre wieder eine öffentliche Nutzung von Schloss und Park begonnen.

Heute erinnern an den Friedhof noch einige Birken, Einschnitzungen kyrillischer Buchstaben in alten Linden und ein Stück der Friedhofsmauer links der Auffahrt zum Schloss von der B1/5.

Im Rahmen des neuen Wege- und Informationssystems für das Denkmalensemble wird auch eine Informationstafel aufgestellt werden.

Quelle: Gemeinsame Pressemeldung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf und des Vereins Freunde Schloss Biesdorf

## Vegan, vegetarisch oder Wildschwein?

Nicht erst seit der Corona-Krise ist eine Wende in Richtung einer nachhaltigen Ernährung und einer diese befördernden Agrarpolitik überfällig.

Ernährung und Gesundheit haben einen klar erkennbaren Zusammenhang, den gibt es aber auch zwischen der Zerstörung natürlicher Lebensräume durch die Förderung industrie-landwirtschaftlicher Monokulturen, den Rückgang von Biodiversität und die Verbreitung von Krankheiten, die von Wildtieren auf Menschen übertragen werden, vom illegalen Wildtierhandel ganz zu schweigen. Und manch eine\*r meiner esoterisch angehauchten grünen Freund\*innen mag's mir übelnehmen: Nicht nur für die Massentierhaltung sterben Tag für Tag Tausende Hektar Regenwald. Nein, auch der gut meinende deutsche Vegetarier „frisst“ Soja aus dem brasilianischen oder malaysischen Regenwald.

Und auch in die Bio-Branche sind inzwischen „global player“ eingestiegen. Ein Bio-Apfel aus Südafrika oder ein Bio-Steak aus Argentinien können nicht „Öko“ sein, und was macht es für einen Sinn, Wildfleisch aus Neuseeland zu beziehen, während bei uns Hirsche und Wildschweine in übergroßer Zahl junge Kulturen im Wald und Saaten auf Feldern fressen?

Welchen Sinn machen noch die Förderung alter krankmachender Agrarstrukturen durch die EU und internationale Freihandelsabkommen? Und welche Positionen vertritt DIE LINKE eigentlich praktisch zur notwendigen Wende in der Ernährungs- und Agrarpolitik? Während ihrer Mitregierungszeit in Brandenburg wurde beispielsweise die Förderung der biologischen Landwirtschaft auf fast „0“ zurückgefahren. Die Bauern der letzten großen Agrargenossenschaften wählten dann trotzdem AfD ...

Der Raubbau an der Natur ist dem Kapitalismus wesenseigen, wie schon Marx erkannte. Praktisch kann aber trotzdem jede und jeder etwas zum notwendigen Wandel beitragen: Man nehme vor allem regionale Produkte zu sich, kaufe bei Produzenten vor Ort oder auf Märkten für ökologische bzw. wenigstens regionale Produkte, und die Politik muss alles für eine solche Re-Regionalisierung tun.

FRANKE BEIERSDORFF

**Farbexplosion  
Grau in Grau  
weicht Grün in Grün  
Frühlingsregenbogen**

JANINA NIEMANN-RICH



## Petra Pau (MdB): Diesseits und jenseits von Corona

**J**a, Corona dominiert noch immer. Und ja, mich nerven inzwischen einschlägige Sondersendungen früh, mittags, abends. Und noch mal: Ja, es gibt Themen, die drängen und werden durch das allgegenwärtige Corona schlicht verdrängt.

Die drohende Klimakatastrophe drängt. Schaffen wir bis 2030 keine radikale Eindämmung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, dann wird das weltweite Elend unermesslich. Was aber wird mit Blick auf Corona debattiert: Milliarden-Zuschüsse für Automobil-Konzerne und Abwrackprämien, um den Pkw-Handel zu forcieren.

Oder nehmen wir die permanente Kriegsgefahr. Nach wie vor wollen CDU, CSU und SPD die deutschen Militärausgaben auf zwei Prozent des Brutto-Inlandproduktes (BIP) anheben. Das wären zirka 40 Milliarden Euro mehr, jährlich, Tendenz

steigend. Wussten Sie, dass im Bundeshaushalt 2020 12,5 Prozent aller Gelder für „Verteidigung“, aber nur 4,3 Prozent für Gesundheit vorgesehen sind? Über dieses eklatante Missverhältnis redet fast niemand.

Was die Corona-Epidemie uns alle kosten wird, ist noch völlig unklar. Schätzungen gehen von weit über eine Billion Euro aus, eine unvorstellbare Summe, so weit, so schlecht.

Aber wer spricht angesichts dessen über die auch ohne Corona ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens? Noch immer verfügen hierzulande die zehn Prozent Reichen über so viel wie ansonsten 70 Prozent der Bevölkerung summiert. Eine Millionärssteuer, oder wie immer wir sie nennen mögen, ist überfällig. Ebenso die Forderung nach einer Kasse für alle, im Gesundheitswesen und bei der Rente.

All das findet aber nicht statt oder wird als linke Gleichmacherei verteufelt. Stattdessen werden anderweitig Schuldige für den Corona-Crash gesucht: Ausländer, Juden, Sinti und Roma. Und jene, die sich engagiert - oder wie es neudeutsch heißt „systemrelevant“ - ums Alltägliche kümmern, zum Beispiel Pflegerinnen und Pfleger, wird brotlos Beifall gespendet. Kaufen können sie sich dafür nichts. Gelegentlich lese ich, nach Corona werde alles anders, alles besser.

Gerechter, also weniger kapitalistisch?  
Friedlicher, also weniger militaristisch?  
Solidarischer, also weniger egoistisch?

Nein, selbst ein Impfstoff gegen Corona - es möge ihn bald geben - wird das nicht lösen. Für all das braucht es mehr gesellschaftlichen Druck von links.

## Aus dem Bezirksvorstand: Viele Tropfen ergeben ein Meer

**S**o ist es auch mit und bei uns LINKEN. Wir alle sind Tröpfchen, die stetig ihren Stein höhlen in diesen - wenn auch bereits etwas gelockerten - Pandemiezeiten. Das wurde besonders an den Gedenktagen in April und Mai deutlich. So rief der Bezirksvorstand (BV) neben anderen LINKEN Gremien am 01. und 08. Mai zum friedlichen, dezentralen, individuellen Gedenken auf und zeigte Präsenz. Das große Echo in den Medien (Funk, TV, Soziale Netzwerke und Messenger) machte das aus den vielen einzelnen Tröpfchen entstandene große Meer sichtbar.

Doch genug der belletristisch-poetischen Worte; hier ein paar klare Infos und Fakten zu den Themen im Mai.

Im Austausch über unsere Wahlkreise (WK) ist v.a. zu berichten, dass sich im WK 1 Marzahn-Nord/West vier Bürgerinitiativen (BI) auf eine gemeinsame Erklärung zur Ortsumfahrung Ahrensfelde einigten und dieser schloss sich eine der Bürgerinitiativen aus Ahrensfelde an. Gemeinsam wird

sich auf eine Gesprächsrunde mit BVV-Vertreter\*innen vorbereitet.

Eine Abstimmung mit unserer Bundestagsabgeordneten Petra Pau ergab, dass die weiteren Lockerungen der Kontaktbeschränkungen aufmerksam verfolgt werden, um hoffentlich bald wieder rechtzeitig Versammlungen (HV, Vertreter\*innen, BO, WG) einberufen und organisieren zu können. Selbstverständlich wurde auch wieder über das Thema Wahlen beraten. Erste fundierte Überlegungen für die Beschlussvorlage der Einrichtung eines Bezirkswahlbüros zur Vorbereitung der Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf, das Abgeordnetenhaus von Berlin und den Deutschen Bundestag 2021 liegen vor. Darüber hinaus ist unser BV-Vorsitzender Teilnehmer der konstituierenden Sitzung des Landeswahlbüros am 26. Mai.

Außerdem hat die Projektgruppe Öffentlichkeitsarbeit eine solide Konzept-Skizze für die nächsten 12 bis 15 Monate vorgelegt.

Des Weiteren wurde dem Kauf eines Lastenfahrrades durch die Bewilligung der dafür notwendigen Finanzmittel zugestimmt.

Wie den meisten Lesenden bekannt sein wird, erfolgte aufgrund der nahenden Verabschiedung der bisherigen Mitarbeiterin der Geschäftsstelle in den Ruhestand eine Stellenausschreibung zur Neubesetzung. Die bislang beim Landesvorstand eingetroffenen Bewerbungen lassen eine pünktliche Neubesetzung und fundierte Einarbeitung realistisch erscheinen.

Zudem nahm der BV dankbar die von der Genossin selbst vorgeschlagene Fortsetzung ihrer bisherigen Tätigkeit bei der monatlichen MaHeLi-Gestaltung an.

Der formalen Vollständigkeit halber sei abschließend berichtet, dass die turnusmäßige Neuwahl des geschäftsführenden Bezirksvorstandes durchgeführt und dieses Gremium neu besetzt wurde.

KARIN MÜLLER

## Aus den Siedlungsgebieten:

### Gutshof in Biesdorf bietet viel Raum zum Wohnen!

**I**n Biesdorf tut sich was. Auf dem ehemaligen Gutshof in Biesdorf entsteht ein neues Wohnquartier. In einem Areal zwischen der Weißenhöher Straße, dem Stawesdamm und Alt-Biesdorf errichtet die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land 515 neue Mietwohnungen. Die meisten Häuser stehen bereits und sind kurz vor der Fertigstellung. Über 1000 Menschen werden hier ein neues Zuhause finden. Dabei wird der ehemalige Vierseithof auf dem historischen Gutsgelände ein neues Gesicht erhalten.

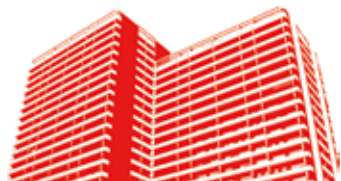
Durch die Wohnungsbebauung wird der Gutshof, der seit den 1950er Jahren nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wird, wiederbelebt. Die drei auf dem Grundstück befindlichen denkmalgeschützten Gutshäuser wurden dabei in die Ge-

staltung der Wohnanlage einbezogen. Insgesamt sind 30 Prozent der neuen Wohnungen im geförderten Wohnungsbau Bestandteil der Anlage. Alle Wohneinheiten wurden als Mietwohnungen zwischen 35 Quadratmeter bis zu 85 Quadratmeter konzipiert. Die Wohnungen sind generationsübergreifend in Mehrfamilienhäuser untergebracht. Von den 37 Hausaufgängen werden 15 Aufgänge mit einem Aufzug ausgestattet. Neben den errichteten Häusern werden zwei Spielplätze und Fahrradabstellplätze errichtet.

Durch die Nähe zum Schloss Biesdorf, dem Stadtteilzentrum Biesdorf, dem Theater am Park, dem Schlosspark, dem Wuhlegarten und dem Landschaftspark Wuhletal ist auch für die soziokulturelle Betreuung und die Erholung in der Natur

gesorgt. Durch 109 Tiefgaragenplätze und 159 Außenstellplätze wird hier auch für die nötigen Abstellmöglichkeiten gesorgt. Die neuen Bewohner\*innen haben in der Nähe das Einkaufszentrum am Elsterwerder Platz, mit ÖPNV, die U-Bahn bzw. Busverbindungen vom Elterwerdaer Platz und ab S-Bahnhof Biesdorf einen schnellen Zugang zum Zentrum Berlins. Das Projekt in Biesdorf zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der der rot-rot-grüne Senat den eigenen Koalitionsvertrag in der wachsenden Stadt umsetzt. Das Argument der CDU und FDP in Berlin, dass die „Mietpreisbremse“ den Wohnungsbau verhindert, erweist sich auch hier wieder einmal als billige Polemik.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Bezirksverordneter



Aus der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 28. Mai 2020

## Nach langer Pause: Bezirksparlament tagt wieder!

Aufgrund der Corona-Pandemie fielen die Sitzungen der BVV im März und April aus. Für die Sitzung im Mai wurden besondere Vorkehrungen getroffen: Anstatt wie üblich im Arndt-Bause-Saal wurde in der Frauensporthalle des Freizeitforums getagt. So konnten die notwendigen Abstandsregeln eingehalten werden, wie in unserem nebenstehenden Bild zu erkennen ist (Foto: Th. Braune).

Auch inhaltlich war Corona das bestimmende Thema der Sitzung, die mit einer Schweigeminute für die Corona-Opfer begann. Im Bericht aus dem Bezirksamt sprach unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, DIE LINKE, allen bezirklichen Einrichtungen, die sich aktuell um Hilfsbedürftige aufgrund der Corona-Krise kümmern, ihren Dank aus. Auch in Marzahn-Hellersdorf führt die Krise zu Mehrausgaben – so zum Beispiel für verstärkten Wachschatz in den Dienstgebäuden – und zu Mindereinnahmen, weil etwa die Hortgebühren an die Eltern zurückgezahlt werden. Pohle machte jedoch deutlich, dass der Bezirk nach dem 2018 erwirtschafteten Haushaltsüberschuss mit dem Haushaltsabschluss 2020 keine Gewinne, aber auch keine neuen Schulden machen werde. Sparmaßnahmen, die die Krise verschärfen, dürfe es aber nicht geben. So werde der Berliner Senat keine Eingriffe in die Stellengestaltung vornehmen – zumal es ja gerade erst mehr Mittel für neue Stellen in den Bezirken gab. Auch haben die Gesundheitsämter der Bezirke in Folge der Corona-Krise fünf neue Stellen erhalten. Haushalts-sperren werde es auch nicht geben.

Der Bezirk und das Land Berlin müssen jetzt dafür sorgen, dass es zu keinen Sparmaßnahmen kommt, die die bezirkliche Infrastruktur schwächen. Eine positive Nachricht gibt es schon für Mieter\*innen in bezirkseigenen Immobilien: Wie unsere zuständige Bezirksstadträtin Juliane Witt mitteilte, muss



keine Miete gezahlt werden, wenn dies nachweislich aktuell nicht möglich ist.

Die von der Linksfraktion immer wieder geforderte Tages- und Bedarfsreinigung an Schulen ist mittlerweile in allen Schulen im Bezirk gesichert. Die Corona-Krise machte die Notwendigkeit noch mal deutlich. Um das Thema Bildung und Schule geht es auch im beschlossenen Antrag von SPD, CDU, LINKEN und Bündnisgrünen *Marzahn-Hellersdorf: Ein Ort für Kinder, Jugendliche und Familien – auch nach der Corona-Pandemie stärken*. Dazu sprach unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Sarah Fingarow und forderte, dass die Präven-

Die nächste Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 18. Juni 2020, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.

tionsangebote für Familien und Kinder in der aktuellen Situation ausgebaut werden müssen, um Familien bei der Doppelbelastung von Arbeit und Kinderbetreuung zu unterstützen und sie mit familiären Problemen nicht alleinzulassen.

### Weitere beschlossene Anträge der Linksfraktion:

● Kinderfreundliche Kommune Marzahn-Hellersdorf: Durch diesen Antrag soll sich der Bezirk an dem Programm „Kinderfreundliche Kommune“ der Deutschen Unicef-Organisation beteiligen und sich zu einer der deutschen Modellkommunen entwickeln.

● Anpassung der Planungsziele des Bebauungsplans 10-103 Trusetaler Straße / Märkische Allee: Wir wollen dort den Bau eines Möbelmarktes im Wohngebiet verhindern.

● Ersatz- bzw. Reserveflächen für Kleingärten: Mit dem Wohnungsbau gehen Kleingärtenflächen verloren. Wir fordern, dass dafür Ersatzflächen ausgewiesen werden.

Wer sich die Sitzung der BVV einmal bequem von zu Hause aus im Livestream anschauen möchte, muss nur die Seite [mh.demokratielive.org](http://mh.demokratielive.org) aufrufen.

THOMAS BRAUNE

## Schecks, die helfen: Bezirksverordnete der LINKEN spenden für die Tafel

Woche für Woche ist die Ausgabestelle der Berliner Tafel in der Schwarzburger Straße 8 eine wichtige soziale Adresse. Hier, in der Evangelisch-Lutherischen Missionsgemeinde, erhalten Bedürftige – auch in diesen Monaten – Lebensmittel. Erstmals öffnete die Ausgabestelle vor gut 15 Jahren, damals kamen knapp 60 Bedürftige. Inzwischen werden monatlich bis 1.200 Haushalte versorgt. Mit Brot, Milchprodukten, Obst und Gemüse.

Dafür, dass die Bedürftigen mittwochs und freitags nicht vergeblich kommen, sorgen fast 50 freiwillige Helferinnen und Helfer, die meisten übrigens aus unserem Bezirk. Sie koordinieren, transportieren, sortieren und verteilen (gegen einen geringen Obolus), was von vielen dringend als Hilfe zum Leben benötigt wird.

Die Abläufe und Wege der Ausgabe wurden den strengen Hygiene-Bestimmungen angepasst. »Auch in der Corona-Zeit machen die meisten unserer Ehrenamtlichen weiter. Einige sind frühere Mitarbeiter, andere sind Rentnerinnen und Rentner, die etwas Gutes tun wollen«, sagt Pastor Kirsten Schröter.

Die Sponsoren der Hilfe, wie Metro oder



Scheckübergabe an „Laib und Seele“ – mit dem in Corona-Zeiten geforderten Mund-Nase-Schutz.

Foto: S. Richter

Harry-Brot, schätzen besonders, dass die Marzahner Tafel ihre Spenden zuverlässig von Montag bis Freitag abholt. Zwei Autos mit je zwei Helfern sind dann unterwegs. Auf den Transportern ist wie am Ausgabeort »Laib und Seele« zu lesen, einen »Kirchenzwang«, erläutert der Pastor, gäbe es jedoch nicht.

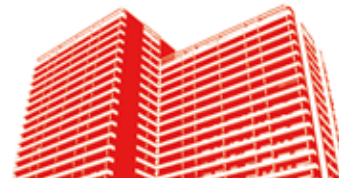
Früher halfen die Erlöse kleiner Spendenbasare, derzeit fehlen solche »Einnahmen«. Umso mehr freut sich die Tafel über jede Unterstützung in diesen Monaten, wo vieles wegzubrechen scheint. Seit jeher setzt sich die Linksfraktion in Marzahn-Hellersdorf für die sozial Benachteiligten ein – nicht allein mit konkreten Vorschlägen und Anträgen, sondern ebenso praktisch im Alltag.

Deshalb spendeten die Bezirksverordneten Mitte Mai an die Tafel. 600 Euro konnten in der Schwarzburger Straße übergeben werden.

Pastor Schröter freut sich sehr über diese Solidarität. Und Koordinator Frank Bielefeld weiß auch schon, wobei die Spende helfen kann: »In diesem Jahr ist wieder der TÜV fällig, und Reparaturen sind ja auch nicht billig.« Eine zweite Spende geht an die Ausgabestelle in der Adorfer Straße 6.

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA  
Geschäftsführerin der BVV-Fraktion





## Nicht mitgedacht

**Dr. Manfred Schmidt ist Bürgerdeputierter der Linksfraktion für den Ausschuss Gesundheit, Inklusion und Menschen mit Behinderungen. Im Gespräch berichtete er über die Situation von Menschen mit Behinderungen in Zeiten von Corona.**

Herr Dr. Schmidt und ich saßen - natürlich mit gebührendem Abstand - auf einer Parkbank kurz hinter dem Wuhleweg nach Ahrensfelde, ganz in der Nähe des Blumberger Damms. Um uns herum zwitscherte es: Eine frühlinghafte Auszeit inmitten von Grün! Das Thema, worüber wir sprachen, war etwas ernster: Am 6. Juni ist der Tag der Sehbehinderten. Mich interessierte, wie Dr. Schmidt die vergangenen Monate in Bezug auf die Situation für Menschen mit Behinderungen einschätzt. Die Informationslage zum Corona-Virus empfand er als gut. Auf meine Frage, ob Menschen mit Behinderungen mitgedacht wurden, antwortete er: Nein. Eine Einkaufshilfe hätten er und seine Frau, aber die gab es auch schon vorher. Eine flächendeckende Hilfe gab es nicht.

Die häusliche Pflege sei einfach abgebrochen. Es gab zwar telefonische Abfragen, aber in die Wohnung kam niemand mehr. Wie soll da zum Beispiel die Kommunikation mit Gehörlosen verlaufen? Die Pflegedienste sind ausgelastet, und wenn man keine absolute Dringlichkeit nachweisen konnte, wurde man getröstet, so Dr. Schmidt. Für Menschen in Pflegeeinrichtungen mag das funktionieren, aber jene, die zu Hause sind und keine pflegenden Angehörigen haben, seien schlecht dran. „Die telefonische Beratung für Menschen mit Behinderung ist absolut unbefriedigend“, so Dr. Schmidt. „Du hast den Eindruck, sie wollen dich schnell abwimmeln“, fügte er hinzu.

Herr Dr. Schmidt beschreibt ein weiteres Problem: In der Spardabank beim Plaza wurden während der Krise die Schalter geschlossen. Der einzige Automat mit Sprachansage ersetzte die Hilfestel-

lung am Schalter keineswegs. Hinzu kam, dass man dort keine Stückelung angeben konnte und der Automat immer Einhunderter-Scheine ausspuckte. Viele ältere Bewohner\*innen wissen die freundliche Unterstützung einer Bankmitarbeiterin sehr zu schätzen. Dass diese wegfiel, bedeutete zusätzliche Hürden.



Dr. Manfred Schmidt im Gespräch mit Sabine Schwarz auf der Klausurberatung der Fraktion im Februar 2020. Foto: M. Albrecht

rin sehr zu schätzen. Dass diese wegfiel, bedeutete zusätzliche Hürden.

„Du siehst, es ist nicht einfacher geworden“, sagte Dr. Schmidt abschließend, „sondern eher frustrierend umständlich und schwierig.“ Auch in Krisenzeiten werden Menschen mit Behinderungen nicht mitgedacht. Sie werden nicht als ebenbürtige, gleichberechtigte Partner wahrgenommen, denen mit Respekt und auf Augenhöhe zu begegnen ist. Respekt bedeutet, ihre Bedürfnisse stets mitzudenken.

SABINE SCHWARZ

Sprecherin für Behindertenpolitik und Inklusion

## Wann wird gebaut?

**Bereits seit Ende 2015 stehen die 1995 eröffneten Park-Arkaden leer. Seitdem tut sich wenig.**

Verfall und Vandalismus, somit auch Gefahren für Dritte, bestimmen das Bild der Park-Arkaden. Mehrfach haben sich Anwohner\*innen über diesen Zustand beim Bezirksamt beschwert. Laut Information des Bezirksamtes hatte die Bauaufsichtsbehörde daraufhin den Eigentümer - eine Immobiliengesellschaft - beauftragt, die Bestandsgebäude und das Grundstück gegen unbefugten Zutritt zu sichern. Der nun errichtete Bauzaun mit Stacheldraht ist unansehnlich, aber Teil der Sicherungsmaßnahme durch die Eigentümergesellschaft.

Schon länger sind die Planungen des Eigentümers bekannt, die jetzigen Gebäude abzureißen und neue Wohnhäuser zu bauen. Seit 2017 liegt für das Gelände eine gültige Baugenehmigung zur Errichtung von zwei achtgeschossigen Wohnhäusern mit insgesamt 138 Wohneinheiten und 50 Parkplätzen vor. Die Planungen können sich laut Bezirksamt noch einmal verändern. Bis Mitte Mai 2021 ist die bereits einmal verlängerte Baugenehmigung noch gültig.

Uns ist viel daran gelegen, dass der aktuelle Zustand beseitigt wird, und der Bau der dringend benötigten Wohnungen vorangeht. Der „Fall Park-Arkaden“ zeigt, dass unsere Politik, öffentliche Flächen nicht an private Investoren zu verkaufen, fortgesetzt werden muss. Nur so kann verhindert werden, dass bebaubare Grundstücke lange Zeit brachliegen und verfallende Gebäude eine Gefahr für die Anwohner\*innen darstellen. Landeseigene Flächen können im Gegensatz dazu vom Bezirk oder dem Land Berlin nachhaltig im Sinne der Allgemeinheit entwickelt und bedarfsgerecht durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bebaut werden.

BJOERN TIELEBEIN

Fraktionsvorsitzender

## Sparzwang? Nein, danke!

**Wer zahlt für die Krise? Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, dass die Last nicht auf den Schultern der Menschen landet. Wir setzen soziale Prioritäten.**

Gerade hatte es der Bezirk geschafft, die sogenannten Altschulden vollständig abzubauen und endlich mit einem Guthaben aus 2018 das Haushaltsjahr 2020 zu starten. Jahrelanger Personalabbau und der Einsatz von Investitionsmitteln zum Schuldenabbau sollten ein Ende haben. Der Gestaltungsraum für einen Haushalt schien etwas größer geworden zu sein. So konnte der Bezirk z.B. Geld für die zusätzliche Schulreinigung bereitstellen. Nun müssen wir bedingt durch die Pandemie den Haushalt neu überdenken. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist ein Teil des Landes Berlin. Der Finanzsenator spricht von vielen Milliarden Neuverschuldung des Landes.

In Zeiten solcher Diskussions- und Entscheidungsprozesse gibt es für die Linksfraktion eindeutige Prioritäten. Wie schon in der Vergangenheit halten wir die weitere Sicherung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur, den Erhalt der Stadtteilzentren, der Kinder- und Jugendfreizeitstätten, der Sportstätten und Kulturorte, der Schuldnerberatungen sowie des Migrationssozialdienstes für notwendig, um den sozialen Zusammenhalt im Bezirk zu sichern.

Die im Haushaltsplan 2020/2021 beschlossenen Personalstellen in den Ämtern müssen weiter und noch schneller besetzt werden, damit es eine funktionsfähige und auch in Zukunft leistungsfähige

Verwaltung im Bezirk gibt. Viele Mitarbeiter\*innen in den Ämtern sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt. Da kann es für DIE LINKE keine Abstriche geben.

Und selbstverständlich sind die schon geplanten Investitionen für die Fortführung des Neubaus von Schulen, Kitas und des Ausbaus der öffentlichen Verwaltung keine Sparoption. Diese Prozesse werden nicht reibungslos verlaufen. Aber wir werden sie im Sinne der Bürger\*innen des Bezirks mitgestalten.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Sprecher für Haushalt und Personal



**Dr. Manuela Schmidt (MdB):**

## Jetzt erst recht!

Die letzten Wochen waren für jede und jeden von uns eine große Herausforderung. Die Zeit war und ist begleitet von Unsicherheit, Entbehrungen, für viele geht es schlicht um die materielle Existenz. Besonders betroffen sind Kinder, Frauen und Alleinerziehende ebenso wie unsere Seniorinnen und Senioren. Und sicher haben viele von uns persönlich erleben müssen, wie schwer es ist, die Angehörigen nicht besuchen zu dürfen oder sich mit Freunden nur über Telefon oder per Videokonferenz austauschen zu können.

In dieser Zeit linke Politik spürbar und erlebbar zu machen, das war und ist für uns im Abgeordnetenhaus gleichfalls eine riesige Herausforderung. Gerade jetzt, in der Zeit der Krise, gilt es die richtigen Entscheidungen zu treffen, eine gute Balance zu finden zwischen Gesundheitsschutz und der Wahrung von Freiheits- und Bürgerrechten. Getroffene Entscheidungen müssen hinterfragt und gegebenenfalls verändert oder angepasst werden. Und gerade wir als Linke müssen auch die Anforderungen an die Zeit nach der Krise mitdenken.

Innerhalb kürzester Zeit haben wir im Hauptausschuss und im Parlament wohl die umfangreichsten Soforthilfeprogramme und Liquiditätshilfen beschlossen, ein Krankenhaus wurde binnen weniger Tage aufgebaut und eingerichtet, um für



Dr. Manuela Schmidt, im Marzahn-Hellersdorfer Wahlkreis 2 direkt gewähltes Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, ist Vizepräsidentin des Berliner Parlaments und in der Linksfraktion Sprecherin für Bezirke. Foto: privat

den Ernstfall vorbereitet zu sein. Und trotzdem bleiben offene finanzielle Herausforderungen. Schon jetzt müssen wir Unterstützung und Konjunkturprogramme vorbereiten für all jene, die auch mittelfristig mit den Folgen der Krise nicht allein klarkommen werden. Schon jetzt sind viele Beschäftigte in Kurzarbeit, nicht alle werden nach der Krise ihre Arbeit behalten.

Umso wichtiger ist es, jetzt linke Antworten zu liefern. Diese Stadt gehört noch immer den Berlinerinnen und Berlinern. Unsere Kernthemen wie bezahlbares Wohnen, gute Arbeit, moderne Verwaltung, starke Bezirke, ein funktionierender ÖPNV, Konzepte gegen Kinder- und Altersarmut, Kultur für alle, gute Kita und Schule oder verlässliche kommunale Daseinsvorsorge bleiben unsere Schwerpunkte. Gleichzeitig müssen wir diese Themen an die veränderten Bedingungen anpassen.

Gegenwärtig verschieben sich Machtverhältnisse und politische Konstellationen, weil sich die Menschen gerade in der Krise eher konservativ verhalten, weil krisenhafte Situationen verunsichern, und Verunsicherung polarisiert.

In dieser Situation unsere linke Position zu finden und den Menschen unserer Stadt zu vermitteln – wir arbeiten daran!

**Juliane Witt:**

## Mein Auto, dein Parkplatz, unser aller Herausforderung!

Wer ein Problem hat – dem wird geholfen. Ich glaube, darin sind wir uns als Linke einig, und auch alle anderen demokratischen Parteien sind aktiv, um denen, die selbst nicht alles schaffen, die Informationen und Unterstützung brauchen, zu helfen. Jeder Bürgerbrief wird sorgsam gelesen und mit Sachverstand wird

benannt, die sich auf allgemeine Besorgnis beziehen. Mir persönlich sind Wissenschaftler, Nachbarn, aber auch Politiker, die als Bedenkensträger in den Warnmodus übergegangen sind, nicht so nahe. Jene, die für Lösungen werben, näher. Warum? Ein absolut brennendes Thema: die Parkplätze. Es drohe Parkplatznot, Kollaps, das Ende.

Jeder Neubau, jede Einwohnerversammlung wird mit der zentralen Warnung begleitet, dass Parkplätze im Kiez verschwinden würden und die Lebensqualität verschwindet. Absolut nachvollziehbar in der Sache für mich. Aber was folgt daraus? Was sind die Lösungen und für welche gibt es Zustimmung im Stadtteil? Ich bin gespannt, ob die zwei Parkhäuser, die im Gut Hellersdorf entstehen, hier erfolgreiche Problemlöser sein werden. Ich bin gespannt, ob es uns gelingen wird, die gewerblichen LKWs und Car-Sharing-Firmen, die kostenfrei die rechte Spur als Parkplatz nutzen, zu

zen und dafür Mehrheiten erkämpfen, das wird schwerer. Es führt aber kein Weg daran vorbei, wirklich gesellschaftspolitisch vorzudenken und auch Ideen zu entwickeln, die für mehr als einen Besorgten taugen.

### Zitiertes:

### Gemeinsam für den Frieden

*Auszug aus dem offenen Brief vom 07. Mai 2020*

„... Ich möchte aber den Blick auch noch auf eine ganz andere Tragödie lenken:

Es ist der kollektive Verlust an Erinnerung ... In diesen Tagen gedenken wir am 8. Mai der zahllosen Opfer, die der furchtbare Zweite Weltkrieg weltweit gekostet hat. Gerade weil die Generation, die den Krieg erlebt hat, uns immer weniger darüber berichten kann, müssen wir das Gedenken mit den Lehren und dem Lernen, was Krieg bedeutet, verbinden.“

GENERAL A. D. WOLFGANG SCHNEIDERHAN  
Präsident des Volksbundes Deutsche  
Kriegsgräberfürsorge e. V.



Unsere Autorin  
Juliane Witt,  
Bezirksstadträtin, in den  
Gärten der Welt.  
Foto: privat

eine sachgemäße Antwort gesucht. Es ist ganz klar, dass die persönlichen Anliegen, Hinweise und auch Beschwerden mit Sorgfalt aufgenommen werden. Häufig aber werden auch Themen

einem anderen Verhalten zu bringen. Und ob die Parkraumbewirtschaftung politisch mitgetragen wird. Meckern und Sorgen vortragen, das können wir alle schnell. Lösungen politisch durchset-



Fortsetzung von Seite 1

**Dr. Heinrich Niemann**

## Was die DDR in der Seuchenbekämpfung besser machte

sonders da es sich um ein Virus mit noch wenig bekannten Eigenschaften handelt. Für Kinder und Jugendliche sind die Erkenntnisse entscheidend, auch die Meinung von Kinderärzten. Geöffnete Schulen und Kitas können mit medizinisch begleiteter Überwachung auf Dauer einen besseren Gesundheitsschutz sichern als die jetzige Situation. Die Erfahrungen mit den „notbetreuten“ Kindern und dem begonnenen Schulunterricht machen Mut.

Lieber höhere bekannte Ziffern als Dunkelziffern! Und das Robert-Koch-Institut sollte bei seiner Methode der Datenerfassung und Berichterstattung bleiben. Das schließt die zügige Ausweitung der Tests, die Komplettierung der zu erfassenden Daten und die Erweiterung von Meldepflichten ein. Es ist im Übrigen eine Unart, bei Statistiken mit besserwisserischem Eifer unterschiedliche Datenerheber, Erhebungsmethoden und Messzeitpunkte je nach Bedarf und ohne entsprechende Erläuterung ins Spiel zu bringen. Nicht selten wird in bestimmte Zahlen mehr hineingedeutet, als sie aussagen können. Die Ziffern der Hopkins-Universität haben bisher meines Erachtens keine signifikant anderen Erkenntnisse über Deutschland gebracht.

Eine Analyse der regionalen Unterschiede in den Corona-Fällen (so zum Beispiel die seit Beginn sehr günstigen Zahlen in Mecklenburg-Vorpommern oder auch in einigen Berliner Bezirken) kann dazu beitragen, unterschiedliches Vorgehen bei Lockerungen gut zu begründen und nachvollziehbar zu machen. Alle Gestorbenen mit Corona-Verdacht sollten obduziert werden, wie es nach Hamburg nun häufiger geschieht. Solche wichtigen Sektionen sind leider generell aus der Mode gekommen. Sie belegen zum Beispiel, dass es im Vergleich zur Influenza tatsächlich einen anderen Befall der Lungen bzw. anderer Organe gibt. Der Behandlungsbedarf anderer Krankheiten muss trotzdem im Blick bleiben. In anderen Teilen der Welt bleiben Tuberkulose, Malaria, Hunger, unsauberes Wasser tödliche Bedrohungen, obwohl wir die Mittel dagegen kennen und hätten.

Eine der wichtigsten politischen Forderungen ist, das Gesundheitswesen (endlich) zu verändern, ja, zu verstaatlichen. Das hieße, es aus den Fesseln einer gewinnorientierten Gesundheitswirtschaft zu befreien. Denn dann könnten wir schneller und effektiver auf außergewöhnliche Aufgaben wie eine Epidemie reagieren. Der am Beginn der Corona-Krise erfolgte „Hilferuf“ von privatisierten Krankenhäusern nach Ausgleich ihrer Einnahmeausfälle, weil sie planbare Operationen verschieben sollten, ist bezeichnend. Im ambulanten Bereich schienen viele Ärzte mit ihren Praxen allein

gelassen. Inwieweit sehen jedoch die kassenärztlichen Vereinigungen die Vorbereitung auf epidemische Situationen als Teil ihres Sicherstellungsauftrages? Der öffentliche Gesundheitsdienst, seit Jahren heruntergefahren, wird wegen seiner offensichtlich nicht ersetzbarer Funktion gelobt. Besonders Ärzte in diesem Bereich werden aber schon seit längerem unanständig schlecht vergütet.

Die Änderung der Eigentumsverhältnisse muss einhergehen mit der Befreiung der Krankenhäuser vom Fluch der Fallpauschalen. Das wäre nicht nur kostengünstiger, sondern auch medizinisch wirksamer. Ein Arzt ist kein (Klein-)Unternehmer! Diese Rolle führt zu Interessenkonflikten. Es ist kein Zufall, dass im ambulanten Bereich immer mehr Ärzte als Angestellte tätig sein wollen. Wenn das Gesundheitswesen staatlich wäre, könnten die als Medizinische Versorgungszentren etablierten Kapitalunternehmen, die oft täuschend als Polikliniken firmieren, keine privaten Gewinne aus der über die gesetzliche Krankenversicherung erfolgenden Finanzierung ihrer Leistungen ziehen. Ja, es würde keiner mehr aus gesetzlichen Versicherungsbeiträgen sachfremde Erlöse erzielen.

Das Wort Gesundheit taucht im Grundgesetz überhaupt nicht auf! Wichtigste Verfassungsstütze bisher ist das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit. Ansatzpunkte bieten das Sozialstaatsgebot, Aussagen über den Schutz von Frauen und Kindern und über die allgemeinen Katastrophen- und Notstandssituationen. Demgegenüber gibt es völkerrechtliche Aussagen zu Gesundheit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, im Uno-Menschenrechtsabkommen.

In unserem Land kann man lange spitzfindige Gutachten lesen, die die Nichtaufnahme von Rechten in das Grundgesetz rechtfertigen. Zwar könnte man auch mit dem jetzigen Grundgesetz vieles ermöglichen, zum Beispiel den Aufbau von Polikliniken, die Abrechnung der Leistungen ohne Fallpauschalen, eine bessere Krankenhausplanung. Doch sollte die Corona-Erfahrung Anlass sein, den Schutz der Gesundheit in das Grundgesetz aufzunehmen.

Wer das Gesundheitssystem verbessern will, sollte Konzept, Struktur und Ergebnisse des DDR-Gesundheitswesens kennen. Hier offenbart sich unaufschiebbarer Nachholbedarf. So nannte der letzte DDR-Gesundheitsminister Prof. Dr. Jürgen Kleditzsch (CDU) in der Regierung de Maizière die Gesundheitspolitik in Gesamtdeutschland „konzeptionslos“, es fehlte an dem politischen Willen, die „positiven Seiten beider Seiten“ zusammenwachsen zu sehen. Ähnlich erinnerte sich Franz Knieps als nach dem Osten gesandter Gesund-

heitsexperte. Ihm wurde „von den eigenen Leuten“ gesagt: „Ich sei nicht in den Osten geschickt worden, um über den Erhalt von DDR-Strukturen nachzudenken, sondern um eine reibungslose Ausweitung der westdeutschen Krankenversicherung zu organisieren.“

Die DDR-Verfassung machte in fünf Artikeln Aussagen zur Gesundheit. Ich zitiere hier Artikel 35:

- (1) Jeder Bürger hat das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und Arbeitskraft.

- (2) Dieses Recht wird durch die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Pflege der Volksgesundheit, eine umfassende Sozialpolitik, die Förderung der Körperkultur, des Schul- und Volkssports und die Touristik gefördert.
- (3) Auf der Grundlage eines sozialen Versicherungssystems werden bei Krankheit und Unfällen materielle Sicherheit, unentgeltliche ärztliche Hilfe, Arzneimittel und andere medizinischen Leistungen gewährt.

In weiteren Artikeln wird auf das Recht auf Betreuung im Alter, bei Invalidität und Arbeitsunfähigkeit sowie den Schutz und die medizinische Betreuung von Mutter und Kind abgestellt. Was muss geschehen?

Die Grenzen der gegenwärtigen ambulanten Medizin mit ihren privaten Niederlassungen und den privaten Versorgungszentren sollten durch das poliklinische Prinzip aufgelöst werden: unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Ärzten, eine breitere Zugänglichkeit, längere Öffnungszeiten, effektivere Nutzung von Geräten und Labors, kurze Wege, effektivere Verwaltung. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt und qualifiziert werden. Es ist verantwortungslos, wenn zurzeit allein in Berlin wohl deutlich mehr als 50 Ärzte in diesem Bereich fehlen, weil sie nicht angemessen bezahlt werden.

Eine vernünftige Krankenhausplanung muss ein Krankenhausnetz zum Ziel haben, dem sich die Interessen der einzelnen Träger und Eigentümer unterordnen müssen. Auch in der DDR wurden die Bettenzahlen dem

tatsächlichen Bedarf und den neuen Behandlungsmöglichkeiten angepasst und über die Jahre reduziert. Auch in der DDR spielte die Entwicklung von Kapazitäten bei schwierigen, seltenen Operationen oder Therapien eine wichtige Rolle. Doch der Effekt für die Gesundheit hatte das Primat, nicht Profitabilität.

Der berühmte amerikanische Herzspezialist und Gründer der Ärztebewegung gegen den Nuklearkrieg, Bernard Lown, schrieb im Vorwort seines Buches „Die verlorene Kunst des Heilens“: „Ein profitorientiertes Gesundheitswesen ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. In dem Augenblick, in dem die Fürsorge dem Profit dient, hat sie die wahre Fürsorge verloren.“

**Wer das Gesundheitssystem verbessern will, sollte Konzept, Struktur und Ergebnisse des DDR-Gesundheitswesens kennen.**

**Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt und qualifiziert werden.**

### Gedenken anders IV

Keine großen Kundgebungen, keine Demonstrationen, Ehrungen anlässlich des Tages der Befreiung, der in diesem Jahr zum 75. Mal begangen wurde, gab es dennoch, im Bezirk und anderswo:



Gedenk-Radtour durch Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg, hier beim Stopp am Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst. Foto: M. Richter-Kastschajewa



Innehalten an der Gedenkstele für Harald Poelchau in der Marzahner Poelchaustraße: Kornelia Krüger. Foto: U. Wollmerstädt



Vielfältiges Gedenken zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus auch im Tiergarten! Ein Kommen und Gehen am 8. Mai 2020.

Foto: Gudrun Benser

### Hinten links: Gefahr unter der Oberfläche

VUCA ist eine übliche Abkürzung, um schwierige äußere Bedingungen zu beschreiben: Volatility, Uncertainty, Complexity, Ambiguity (Unbeständigkeit, Unsicherheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit). So zeigt sich die Welt 75 Jahre nach Scheitern des Barbarossa-Plans. Polen ist bereit, an Stelle Deutschlands die US-amerikanischen Nuklearwaffen auf seinem Staatsgebiet stationieren zu lassen. Von den in der Schlacht um Berlin 1945 seitens der Roten Armee eingesetzten rund 2,5 Millionen Soldaten waren knapp 200.000 Polen! (1. u. 2. Polnische Armee mit 3.000 Geschützen, 500 Panzern/SFL und 320 Flugzeugen). Seelower Höhen und Kessel von Halbe kosteten mehr Menschenleben als Stalingrad! Das Land Brandenburg weist mit über 350.000 Hektar kampfmittelbelasteter Flächen den höchsten Anteil in Deutschland auf! 276 Tonnen an Bomben, Granaten, Minen, Raketen, Munition u. ä. fand Brandenburgs Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) im Jahr 2019!

### Frage

Wenn heutige Eltern, um ihre Kinder zu behüten, diese an Unselbständigkeit gewöhnend, bis übers siebte Lebensjahr „gepampert“ im Wagen karren – wie gedenken sie, sie auf die in Wald und Großstadtdschungel lauernden Gefahren des Lebens vorzubereiten?

R. RÜDIGER

### Bezirksvorstand

» 23.6., 7.7., jeweils 19 Uhr bis auf Widerruf per Videokonferenz

### Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 11.6., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, unbedingt vorher telefonisch anmelden unter: 030 99289380

### Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Terminvereinbarung unter Telefon: 030 54980323 und per E-Mail unter buero@dr-manuela-schmidt.de

### Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Terminvereinbarung unter Telefon 030 54980322 und per E-Mail unter buero@regina-kittler.de

### Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Kiezbüro von 16 bis 18 Uhr, Cecilienplatz 5, nach vorheriger Anmeldung per Telefon 030 47057520 oder per E-Mail unter volkert@wk.linksfraktion-berlin.de

### Abgeordnetenbüros

» Dr. Manuela Schmidt (MdB), Telefon: 030 54980323, und Regina Kittler (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin, dienstags von 14-17 Uhr und mittwochs von 9-12 Uhr geöffnet für Besucher\*innen

» Kristian Ronneburg (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 15-19 Uhr, mi 16-18 Uhr, do 10-15 Uhr

### BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE, Aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen wegen des Corona-Virus ist unser Büro am Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin nur am Donnerstag von 15-18 Uhr besetzt. Ansonsten erreichen Sie uns per Telefon: 030 902935820 oder per E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

### Wilhelm II. und Merkel

1914 und 2020  
bei Kriegsbeginn  
gegen Entente geschlossene Reihen  
gegen Corona geschlossene Türen

Krieg gegen Viren macht überdeutlich:  
Masse besteht aus Republiks-Untertanen  
die politschwarzer Landherrin huldigt  
vor Corona im Keller, nun dachhohe  
Umfragewerte

JÜRGEN RIEDEL

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12,  
12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Jeden Dienstag und Donnerstag von 13 - 17 Uhr geöffnet  
unter Beachtung der Verhaltensregeln  
in Zeiten der Corona-Krise

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; Anschrift der Redaktion: c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 28.05.2020. Auslieferung ab 02.06.2020.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf links wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am 07.07.2020 (Anlieferung aus Druckerei).